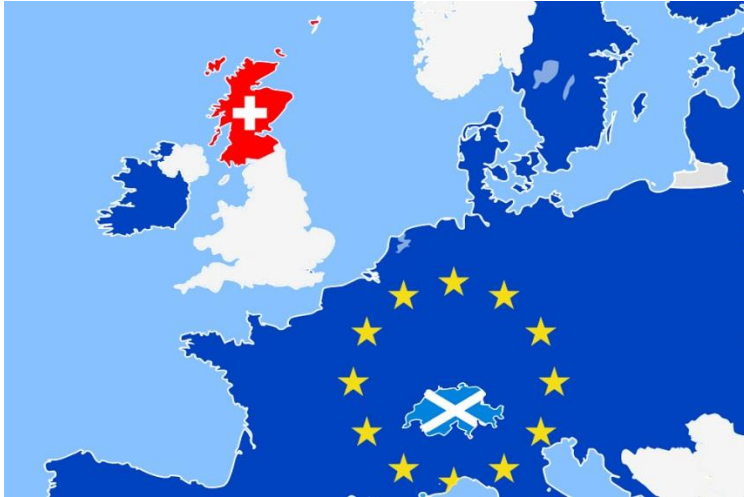


„Post-Brexit und der Schweizer Traum vom autonomen Inseldasein - Konsequenzen für die EU, Grossbritannien und die Schweiz“

Katja Lapadula, Nebs Mitglied

„Perfekte Lösung nach Brexit: Schotten und Schweizer tauschen Staatsgebiet“



(Quelle: <http://www.der-postillon.com/2016/06/schottland-schweiz.html>)

‘Scheiden tut so weh’, sang es einst Schwiegermutter’s Liebling Heintje 1969¹ so herz-schmerzvoll, insbesondere, wenn der Scheidungswunsch einseitig und dann doch recht unerwartet passiert. So im Falle des Brexit, den viele in Grossbritannien zwar leichtfertig heraufbeschworen, aber dann doch nicht wirklich erwartet hatten.

Konsequenzen für die EU

Mit dem Brexit verliert die EU 13% ihrer Einwohner und 17% ihrer Wirtschaftskraft und somit neben Deutschland einen der grössten Nettozahler der EU (nach Abzug der Rückflüsse aus den EU-Förderfonds).²



(Quelle: http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/britannien-als-grosser-eu-nettozahler-wer-die-eu-brexit-zeche-zahlt-ld.109776?mktcid=nled&mktcval=107_2016-8-9)

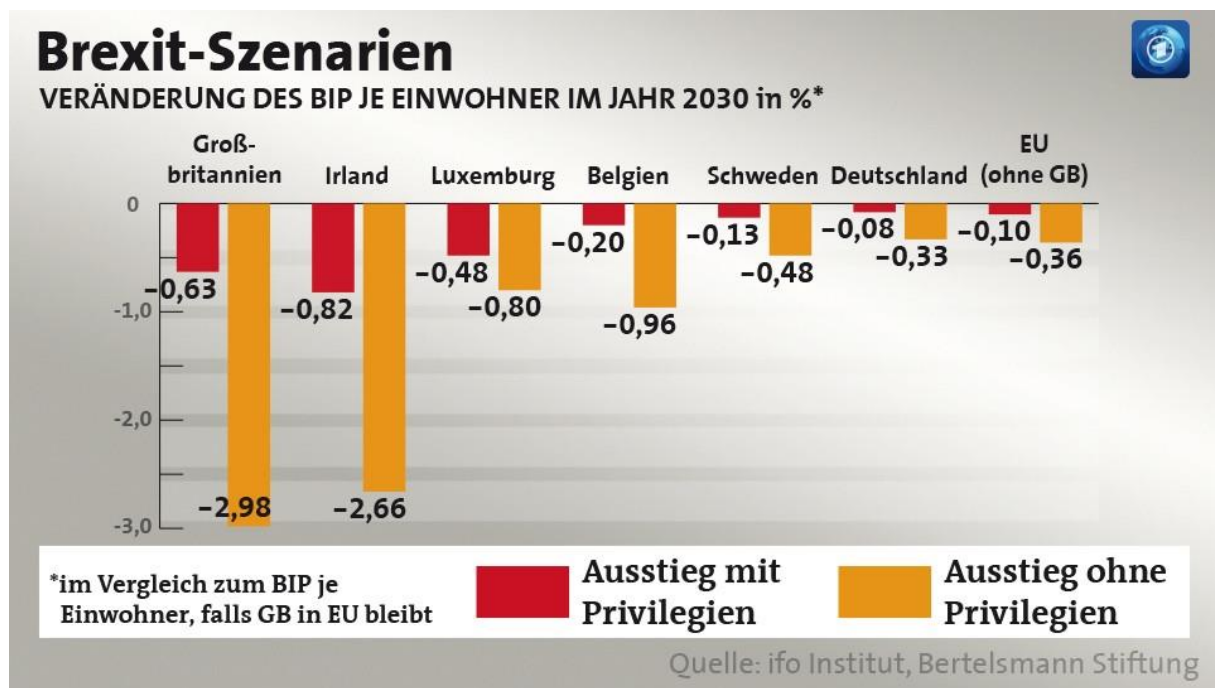
¹ <https://www.youtube.com/watch?v=or5H3nWDiKQ>

² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/brexit-folgen-103.html>

Welches sind die Konsequenzen für den Europäischen Haushalt?

Die anderen EU Länder müssen diesen Verlust nun auffangen, als erstes wohl das wirtschaftliche starke Deutschland. Möglicherweise werden die Zinsen weiter gedrückt, und die Wirtschaft der Euro-Zone wird durch den Brexit schrumpfen, was wiederum ein stärkeres Eingreifen der EZB nach sich ziehen würde. Zu erwarten ist eine Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar, wovon der Export allerdings zunächst profitieren könnte. Sackt das Pfund ab und beginnt die britische Wirtschaft zu schwächeln, hätte dies unmittelbar Auswirkungen auf die Nachfrage nach EU-Gütern und -Dienstleistungen. Und umgekehrt müsste die EU wegen der Zölle und künftiger Handelsschranken höhere Absatzkosten auf der Insel in Kauf nehmen.

Nach einer Studie des ifo Instituts der Bertelsmann Stiftung könnte das reale BIP/je Einwohner bis 2030 für Grossbritannien zwischen 0.6% und 3% niedriger liegen als innerhalb der EU-Mitgliedschaft und die BIP-Einbußen³ auf bis zu 14% steigen, je nach Grad der dann handelspolitischen Abschottung nach dem endgültigen Austritt aus der EU.



Fällt Grossbritannien künftig vollständig aus dem Zugang zum EU Binnenmarkt heraus, ohne ein Freihandelsabkommen mit der EU abzuschliessen (was mit den verbleibenden 27 EU-Mitgliedern unter Umständen jahrelange Verhandlungen in Anspruch nehmen könnte), so würden für Grossbritannien nur noch die WTO Regeln gelten.

Auswirkungen hat der Brexit unter Umständen z.B. auch auf Verbraucherrechte im Personenverkehr, die EU-einheitlich geregelt sind. An den EU-Aussengrenzen entfielen für Grossbritannien wieder Einfuhrzölle.

Auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit müsste neu verhandelt werden.

Ebenso bedürfte es Lösungen für die bislang in der EU im Rahmen der Freizügigkeit lebenden Briten sowie den brit. EU-Beamten und EU-Parlamentariern. Und umgekehrt müsste der Status der zahlreichen in Grossbritannien lebenden EU-Bürger geregelt werden. Wie sieht es künftig mit Touristen aus EU-Ländern aus; bräuchten diese künftig wieder ein Visum? Fiele das Pfund weiter im Wert,

³ „Der Begriff ‚Einkommensverlust‘ bzw. ‚BIP-Einbuße‘ bezeichnet die in Prozenten ausgedrückte Differenz zwischen dem Basisjahr (2014) tatsächlich beobachteten realen BIP und dem entsprechend simulierten (‚kontrafaktischen‘) Wert für eine Situation, in der das (sic!) UK kein Mitglied der EU ist. Handelspolitische Massnahmen entfalten ihre volle Wirkung erfahrungsgemäss erst zehn bis zwölf Jahre nach ihrer Einführung. Wenn der Brexit im Jahr 2018 erfolgen sollte, so würden sich die ausgewiesenen Effekte auf das Jahr 2030 beziehen“ (S.2, Studie des ifo Instituts der Bertelsmann Stiftung, Policy Brief # 2015/05), <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/policy-brief-201505-br-brexit-moegliche-wirtschaftliche-folgen-eines-britischen-eu-austrit-1/>

könnten Reisen nach Grossbritannien wiederum günstiger werden. Andererseits müssten die Regeln für den Flugverkehr völlig neu ausgehandelt werden.

Ebenfalls müssten die akademischen Austauschprogramme wie Erasmus und Forschungsprogramme wie H2020 neu verhandelt werden, wie es das Schweizer Beispiel nach der knappen Annahme der Masseneinwanderungsinitiative gezeigt hat. Ebenso stellt sich die Frage der teuren Studiengebühren in Grossbritannien neu, die bislang für EU-Bürger durch Gebührenkredite aufgefangen werden konnten. Zumindest würde künftig Vieles bürokratischer und hürdenreicher.

Aussenpolitisch wird es für die ohnehin zurzeit wenig geeint auftretende EU nun schwieriger, auf Augenhöhe mit den USA, Russland oder China zu verhandeln. Innerhalb der EU werden sich die Gewichte verschieben, was Deutschland noch weiter in eine Führungsrolle drängen könnte, in die sie gar nicht möchte. Auch wird Deutschland wirtschaftlich deutlich stärker gefordert sein. Künftig würde dann das wirtschaftsliberale Gegengewicht zu den regulierungsfreudigen Franzosen und den an Spardisziplin hängenden Deutschen fehlen.

Im worst case könnte es zu einer Kettenreaktion weiterer austrittswilliger EU-Länder kommen und somit zu einer echten Zerreihsprobe für die EU in ihrer ohnehin schwersten Zeit seit ihres Bestehens. Andererseits könnte die EU auch homogener werden ohne einen permanent auf Sonderrechten beharrenden Partner, der Vieles in der Vergangenheit blockiert hatte. Vielleicht rücken die restlichen Länder aber auch enger zusammen, angesichts der vielen sie umgebenden Herausforderungen.

Konsequenzen für Grossbritannien

Das Pfund wird sich vermutlich bald im Tiefflug befinden. Der Kurs ist gleich nach Bekanntgabe des Brexit eingebrochen und Märkte wurden durchgeschüttelt. Es herrscht allgemeine Verunsicherung, was zusätzlich Kursverluste an den Börsen zur Folge haben könnte. Langfristig droht in Grossbritannien eine Rezession.⁴ Durch den Verlust des Zugangs zum EU-Binnenmarkt kann es zum Wegfall von mehreren hunderttausend Arbeitsplätzen kommen. Die Wiedereinführung von Zöllen und Handelshemmnissen bringt wiederum mehr Bürokratie und Kosten, was Direktinvestitionen aus EU-Mitgliedsländern reduzieren könnte. Insbesondere der Finanzplatz London könnte leiden, wenn seine Produkte nicht mehr automatisch in der EU zugelassen würden.

Festzustellen ist zudem inzwischen eine sich offener äussernde Fremdenfeindlichkeit z.B. gegen eingewanderte Arbeitskräfte aus Polen. Möglicherweise kommt es zu einer grösseren Rückwanderungswelle von EU-Bürgern und -Einbürgerungsanträgen von Briten in EU-Mitgliedsländern. Und auch Arbeitgeber bleiben jetzt bereits zurückhaltender mit Neueinstellungen, einige streichen sogar Stellen oder wollen, auch Banken wie Goldman Sachs, Bereiche ins EU-Ausland auslagern.⁵ Bei absehbaren Neuorientierungen britischer und europäischer Fachkräfte könnten Irland und Deutschland besonders davon profitieren und das teure London das Nachsehen haben.

Das Modell Schweiz taugt für Grossbritannien kaum. Ein Problem wird der für Grossbritannien wichtige Finanzsektor sein, welcher künftig auf den Kontinent oder Irland ausgelagert werden müsste, würde Grossbritannien den gleichen bilateralen Weg gehen wie die Schweiz.

Die Kernfrage für Grossbritannien aber bleibt der Zugang zum EU-Binnenmarkt ohne freien Personenverkehr. Gem. der Bilateralen Verträge muss die Schweiz den freien Personenverkehr akzeptieren, was Grossbritannien eben nicht will (Grossbritannien war im Übrigen nie Teil des Schengen Raums!) und wogegen die Schweiz in Form einer Masseneinwanderungsinitiative opponiert hat.

Ein mögliches Szenario bei der Brexit Kampagne war dann auch eine Freihandelszone von Grossbritannien mit Bosnien, Albanien und der Ukraine, was Russland sicher nicht gerne sehen würde. Würde die Schweiz die Bilateralen Verträge mit der EU aufkündigen, könnte solch ein Verbund ggf. für sie auch eine Option sein. Doch angesichts der wirtschaftlichen Überlegenheit der Schweiz gegenüber diesen Ländern, ausser Grossbritannien, scheint dies wenig attraktiv, ebenso nicht für Grossbritannien.

⁴ "...the respected [National Institute of Economic and Social Research predicted](http://www.nies.ac.uk/) that post-Brexit redundancies could top 300,000 and said the economy had a 50% chance of slipping into recession" (<http://www.theguardian.com/politics/2016/aug/09/brexit-weekly-briefing-banks-stimulus-comes-too-soon-for-some>)

⁵ "And merchant bank Goldman Sachs, which has 6,000 staff in Britain, joined a string of international banks who have said they may pull some of their EU business out of London once Britain leaves, announcing that Brexit may force it to restructure some of its UK activities." ([ebenda](#))

Vermutlich kommt es zu einem auf Grossbritannien massgeschneiderten Abkommen mit der EU. Ob die Schweiz davon profitieren können, bleibt abzuwarten.

Allerdings kann die EU nicht noch so einen oft trotzig und durch die Blockademöglichkeiten von Volksabstimmungen und Referenden unsicheren Handelspartner wie die Schweiz gebrauchen. Und für Grossbritannien wird es künftig im Alleingang schwieriger, Handelsverträge in grossem Stil z.B. mit China abzuschliessen, als zusammen im gewichtigeren EU-Verbund. Und umsonst ist ein Marktzugang zur EU ohnehin auch für Grossbritannien nicht zu haben. Auch sie werden künftig einen Beitrag am EU-Haushalt tragen müssen.

Ebenso taugt das Norwegische EWR Modell kaum für Grossbritannien, da der zollfreie EU-Handel Norwegen Einiges kostet (ab 2015 bis 2021: 388 Mio EUR/pro Jahr für Norwegen⁶). Zudem wäre Grossbritannien vom für sie wichtigen Finanzmarkt ausgeschlossen.⁷

Ein weiteres Problem, das Grossbritannien als Ganzes herausfordert, sind Schottland und Nordirland, die in der EU bleiben möchten. Spaltet sich z.B. Schottland ab, würde die neue EU-Aussengrenze an Irland und auch Schottland verlaufen. Die schwierige Gemengelage zwischen Nordirland und Irland könnte zudem wieder neue Konflikte zwischen beiden aufflammen lassen.

Konsequenzen für die Schweiz

Negativ betrachtet, bestärkt es die ohnehin überwiegende Mehrheit der EU-Gegner in der Schweiz, doch lieber aussen vor zu bleiben, wenn schon ein grosser Partner wie Grossbritannien die EU verlassen will. Es sind ähnliche Themen wie die Migration in den Arbeitsmarkt, die auch in der Schweiz immer wieder gebetsmühlenartig herangezogen werden, um Brüssel als böses „Bürokratiemonster“ zu verunglimpfen, welches permanent in die nationale Souveränität der Mitgliedsländer eingreift und diese gar abzuwürgen sucht. Das hat klar die Abstimmung zur Personenfreizügigkeit (PFZ) in der Schweiz aufgezeigt. Helvetische Unwörter wie „Masseneinwanderungsinitiative“, „schleichender EU-Beitritt“, „fremde Richter“, „Unterwerfungs- oder Kolonialvertrag“ zeugen vom Traum und der Illusion eines Alleingangs bei voller Souveränität mit dennoch vielfältigen ökonomischen Verflechtungen *à la Carte*.

Anders jedoch als Grossbritannien ist die Schweiz eben keine Insel, auch wenn sie sich gerne als eine solche vom Kernkontinent Europa wegträumt. Doch sie liegt mitten drin und ist wirtschaftlich eng gebunden an ihn, und gerade als kleine, aber starke Volkswirtschaft profitiert sie besonders vom grossen EU-Absatzmarkt.

Viele im Land visionieren jetzt einen separaten Freihandel mit Grossbritannien, gar eine Freihandelszone mit den EWR-Mitgliedern und im Rahmen der EFTA zusammen mit zukünftigen weiteren austrittswilligen EU-Mitgliedsländern ohne nähere Anbindung an die EU oder Verpflichtungen ihr gegenüber - ein bunter „Ideenbazar“ (Martin Naef)⁸ an möglichen Vorteilsszenarien wird dafür stets neu bemüht.

Eine solche, von der Schweiz erhoffte neue Allianz als Gegenmodell zur EU wird jedoch kaum attraktiv sein für Grossbritannien, denn innerhalb der EFTA wird der wichtige Binnenmarktzugang zur EU eben nicht geregelt, und der EWR bietet keine souveräne Mitbestimmung. Auch kann ein Zusammenspannen mit der Schweiz in Form der dort jetzt schon an seine Grenze gekommenen bilateralen Verträge für Grossbritannien kaum eine Alternative sein. Gleiches gilt für das Norwegische EWR Modell. Die Beziehungen der Schweiz zu Grossbritannien müssten, da nicht mehr Teil der EU und nun somit auch ausserhalb der Bilateralen, völlig neu verhandelt und geregelt werden.

Angesichts der jetzt erstmal geschwächten EU mit einer grossen Agenda an zu bewältigen Aufgaben und der anstehenden Austrittsverhandlungen mit Grossbritannien, rückt das dagegen relativ „kleine“ Problem Schweiz in den Hintergrund. Der Verhandlungsspielraum ist nicht grösser, sondern kleiner geworden. Weitere *à la Carte* Vorteile wird es für die Schweiz bei jetzt 27 EU-Mitgliedsländern kaum noch geben.

Insbesondere angesichts der Probleme, die die südlichen EU-Mitglieder zu bewältigen haben, wird es wenig Verständnis für die vergleichweisen Luxusprobleme der wirtschaftlich noch gut aufgestellten Schweiz geben. Auch will man keine Kettenreaktion provozieren, in dem man Nichtmitgliedern

⁶ http://www.norwegen.no/News_and_events/germany/policy/Norwegen-und-die-EU/#.V6ndnKPr3DB

⁷ "The per capita fee of Norway is exactly the same as what Britain is now paying into the EU," he 'Michael Fuchs' said. "So there won't be any savings." <http://www.bbc.com/news/uk-politics-eu-referendum-36639261>

⁸ https://www.vimentis.ch/dialog/readarticle/grossbritannien-will-die-scheidung/?utm_source=Vimentis&utm_medium=twitter

Sonderregeln einräumt, die Mitglieder nicht haben⁹, auch schon im Hinblick auf künftige Verhandlungen mit Grossbritannien.

Der Bilateralismus, der für die Schweiz der „Königsweg“ ist, bedeutet für die EU inzwischen eine umständliche „Sackgasse“, der sie so nicht weiter folgen möchte. Sie möchte daher das Binnenmarktverhältnis in einem „Institutionellen Rahmenabkommen“ auf klare vertragliche Füsse gestellt wissen, was die Übernahme des „Acquis communautaire“ inklusive einer Streitschlichtungsinstanz wie den EuGH¹⁰ impliziert, um welche die Gemüter in der Schweiz jedoch nun mehr als heiss laufen.¹¹

Die Einhaltung der Frist zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist auch nicht in Sicht, da eine einvernehmliche Lösung zur PFZ mit der EU nach dem Brexit in noch weitere Ferne gerückt ist.¹² Im Moment sind Fortschritte in den Verhandlungen kaum auszumachen. Allerdings würde eine einseitige Kündigung der PFZ vermutlich unnötig zur Verhärtung der Fronten führen, denn noch gelten ja die Bilateralen Verträge mit allen Rechten und Pflichten und wurden bislang nicht aufgekündigt. Auch mit Blick auf die Verhandlungen um ein „Institutionelles Rahmenabkommen“, sollte die Schweiz klugerweise unilateral keinen Vertragsbruch begehen. Langfristig würde ein eventuelles riskantes Votum zur Kündigung der Bilateralen Verträge das Aus der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur EU bedeuten.¹³

Um zumindest die Forschung auf Top Level zu halten, wäre die Schweiz im Moment gut beraten, zeitnah das Kroatienprotokoll zu ratifizieren. Andernfalls fällt sie 2017 komplett aus dem Horizon 2020 Programm für Forscher heraus, was fatale Folgen für den noch exzellenten Forschungsstandort Schweiz nach sich ziehen würde.

Auch wirtschaftlich nicht ohne Folgen werden der Brexit und die Abschottungstendenzen der Schweiz bleiben. Der Druck auf den Franken wird hoch bleiben, vor allem beim Absacken des Pfunds und der Aktienmärkte, was eine erneute Intervention der SNB bedürfen und vermutlich zu einer erneuten Zinssenkungsmassnahme führen würde. Zu erwarten sind weitere Rückläufe im Detailhandel, bei den Exporten und dem Tourismus, was das Migrationsproblem in den Dienstleistungsarbeitsmarkt zwar vermutlich von selbst abmildern würde, jedoch auch Binnenarbeitslosigkeit hervorrufen wird. Die Wachstumsprognose wird von Prognostikern bereits pessimistischer eingeschätzt.

Doch alle erdachten Szenarien helfen nichts: die Schweiz wird sich, erst recht nach dem Brexit, ihrem künftigen Verhältnis zur EU stellen müssen.¹⁴ Denn allen Unkenrufen zum Trotz: **die EU wird sobald nicht untergehen!** Die Schweiz wird sich mit ihr abfinden müssen, denn sie ist entgegen Ihrer Selbstwahrnehmung umgeben von und eng verflochten mit ihr. Möglicherweise käme dann doch die RASA Initiative¹⁵ zur Streichung des neuen Zuwanderungsartikels zum Zug¹⁶, was aber wiederum die SVP lautstark auf die politische Bühne provozieren würde.

⁹ “If Brussels is reluctant to offer a member like the UK concessions on social benefits for EU migrants, how likely is it to allow a non-member to restrict EU immigration altogether?”, <http://www.bbc.com/news/uk-politics-eu-referendum-35615604>

¹⁰ http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Lexikon/Pdf/Acquis_communautaire.pdf

¹¹ “Dieter Freiburghaus sieht die Schweiz zu Recht ,langfristig in einer ziemlich ungemütlichen Situation...Man kann einem Club nicht mit einem Bein beitreten und mit dem anderen Bein will man unbedingt draussen bleiben’...” <http://www.infosperber.ch/data/attachements/Fehr%20WSP61.pdf>, S. 146

¹² “Juncker [tweeted](#) that the “difficult negotiations will continue,” while the Swiss government said in a statement: “The two sides acknowledged that the outcome of the U.K. referendum had complicated efforts to find a solution within the timeframe set out in the constitution.” (<http://www.politico.eu/article/swiss-could-become-brexit-latest-casualty-european-union-migration/>)

¹³ “A deadlock on freedom of movement could cut Switzerland off from the bloc, with far-reaching consequences in many areas, including banking.” ([ebenda](#))

¹⁴ “...Swiss President Didier Burkhalter [said](#): “It will be necessary for the people of Switzerland to vote again on what they want the future of the bilateral agreements to be... by the end of 2016 or the beginning of 2017.” (<https://infacts.org/swiss-send-message-alps-pennines/>)

¹⁵ <http://www.initiative-rasa.ch/>

¹⁶ “Enough signatures have been amassed on a new petition that a vote [will now have to be scheduled](#).” ([ebenda](#))

Positiv betrachtet wird die Schweiz über die Bücher gehen müssen und sich der vielen Vorteile ihres bislang bilateralen Wegs¹⁷ gewärtigen, und sollte idealerweise auch über Alternativen nachdenken, um künftig nicht nur „autonom nachzuvollziehen“¹⁸, sondern aktiv als eine souveräne Stimme an der Gestaltung des Europäischen Kontinents mitzuwirken und mitzugestalten. Ein Implodieren des Friedens- und Stabilitätsmodells EU kann in Niemandes Interesse sein, auch nicht in dem der Schweiz. Gerade sie sollte an einer stabilen, friedlichen sie umgebenden EU grosses Interesse haben. Abriegeln und Verschanzen wird für kein Europäisches Land mehr eine Option zur Bewältigung derzeitiger und künftiger Herausforderungen in einer globalisierten interdependenten Welt sein, will man künftig Gewicht und Einfluss in der Welt behalten. Dies **geht nur gemeinsam**, man kann es nicht oft genug betonen!

Also hoffen wir, dass es nicht zu einem Rückfall in alte Nationalismen kommt. Der Schweiz als faktischer Teil des Europäischen Wirtschafts- und Werteraums¹⁹ wünsche ich ihren baldigen Beitritt zu einer gereiften, effizienteren und demokratischeren Europäischen Union, die sie als Mitglied aktiv mitgestaltet - oder gar in einer neuen, geeinten und demokratischeren *Europäischen Republik* im Sinne Ciceros²⁰ unter Überwindung der Nationalstaaten hin zu einem *Europa der Regionen*, wie sie jüngst Ulrike Guérot²¹ so klug erdacht hat?²²

Visionen denken sei hier ausdrücklich erlaubt. Also arbeiten wir an deren Verwirklichung!

¹⁷ Zur Bedeutung der Bilateralen Verträge für die Schweiz am Beispiel technischer Handelshemmnisse:

<http://www.sga-aspe.ch/wenn-die-schweiz-den-keuchhusten-kriegte/>

¹⁸ „Die Souveränitätsbilanz des Bilateralismus ist also ebenso ernüchternd, wie diejenige des autonomen Nachvollzugs“ <http://www.infosperber.ch/data/attachements/Fehr%20WSP61.pdf>, S. 144

¹⁹ „Wir sind das besteuropäisierte Land“, so die Diagnose von Dieter Freiburghaus, [ebd.](#)

²⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/De_re_publica

²¹ Ulrike Guérot: „Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie“

<http://www.brennerbasisdemokratie.eu/?p=29786>; <http://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Europa-Republik-laquoUlrike-Guerotraquo/&g=ad>

²² <http://www.european-republic.eu/>, <https://twitter.com/EuDemLab>